Bayerns Wirtschaftsminister sieht im EU-Verbrennerverbot ab 2035 eine Anti-Auto-Politik

15. Februar 2023

MÜNCHEN Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger hat ein Ende der Anti-Auto-Politik im Europäischen Parlament und der Bundesregierung gefordert. Aiwanger: „Das Verbrennerverbot ab 2035 hat in Wahrheit nicht das Ziel, den Verkehr zu dekarbonisieren. Es geht den Ideologen darum, das Auto abzuschaffen und individuelle Mobilität zu verhindern. Anders ist es nicht zu erklären, dass sauberen Verbrennungsmotoren der Zukunft, die mit Biosprit oder Synfuels angetrieben werden, der Garaus gemacht werden soll und Wasserstoff in der Mobilität von den Grünen in der Bundesregierung blockiert wird. Das reine Elektroauto wird aber nicht ausreichen, um die über 40 Millionen Autos in Deutschland in Gang zu halten."

Aiwanger verweist auf eine aktuelle Mobilitäts-Umfrage des Allensbach-Instituts, nach der das Batterieauto in Deutschland auf große Vorbehalte stößt. Eine Mehrheit sei zwar überzeugt, dass sich der Elektroantrieb in den kommenden zehn Jahren durchsetzt, aber nur 22 Prozent halten dies für wünschenswert. Der Kreis, für den der Kauf eines E-Autos grundsätzlich in Betracht kommt, stagniere demnach bei 23 Prozent. Nach der Umfrage sei für 72 Prozent der Befragten das Auto unverzichtbar. 47 Prozent nutzen es täglich und weitere 23 Prozent mehrmals in der Woche. Sogar in den Städten sehen nur 30 Prozent der Befragten die öffentlichen Verkehrsmittel als Alternative zum Auto, am Land nur magere 14%.

Aiwanger: „Die Umfrage belegt, dass das Auto aus dem Leben der Menschen nicht wegzudenken ist. Deswegen müssen wir verschiedene neue und saubere Antriebe entwickeln und nicht alles verteufeln, was keine große Batterie hat. Auch mit Wasserstoff angetriebene Brennstoffzellen werden eine wichtige Rolle im Nutzfahrzeug- wie im Individualverkehr spielen. Das ständige Mobbing gegen das Auto muss aufhören. Es richtet sich gegen die Mehrheit der Bevölkerung und die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Menschen. Mit dieser Scheuklappen-Politik, die verschiedene alternative Antriebe ausbremst, werden die Zukunft der Mobilität und der Wohlstand ausgebremst. Der Automobilstandort Deutschland darf nicht weiter beschädigt werden."

Ansprechpartner:

Jürgen Marks

Leiter Pressereferat

Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers